



SCHWEIZERISCHES KONSULAT
KÖLN

KÖLN-Marienburg, den 9. April 1949.
Göethestrasse 66
Telephon: ~~51022~~ 8420
Postscheck: 607 39
Telegramm-Adresse: Swissconsul Köln
Sprechstunden: 10-12 Uhr
ausser Samstag.

Unser Ha 1 - vW/Ba.

Ihr P.

NW | pA-21, 31. H (Köln) |
pB-75. 1.3 ✓

Herr Minister,

Die Situation in Bonn hat eine neue Zuspitzung erfahren. Den Vertretern des Parlamentarischen Rates war von den Verbindungsstäben mitgeteilt worden, dass ihre letzten Vorschläge nicht dem Memorandum der Gouverneure vom 2. März entsprechen. Auf Betreiben der sozialdemokratischen Fraktion war dann auf den 6. April eine öffentliche Hauptausschusssitzung anberaumt worden, und es sollte nach dem Wunsche dieser Fraktion im Hauptausschuss ein Beschluss gefasst werden, der dem Memorandum hinsichtlich der Regelung des Finanzwesens widersprach. Am Morgen des 5. April wurde von den Verbindungsstäben dem Präsidenten des Parlamentarischen Rates eine Note übergeben, die wie folgt lautet:

"Die drei Militärgouverneure erhielten die folgende Nachricht, die sie durch die Verbindungsoffiziere in Bonn dem Parlamentarischen Rat hierdurch mitteilen:

Die Aussenminister der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches und Frankreichs, die während ihrer augenblicklichen Zusammenkünfte in Washington das westdeutsche Problem studieren, erfahren mit Befriedigung, dass die zuständigen Ausschüsse des Parlamentarischen Rates die Vollendung des Grundgesetzes vorwärtstreiben. Die Aussenminister nehmen an, dass in den nächsten Tagen in Bonn Entscheidungen über mehrere wichtige Punkte getroffen werden, die mit dem Grundgesetz zusammenhängen. Sie haben das Vertrauen, dass der Parlamentarische Rat und die verantwortlichen Parteiführer den Empfehlungen der Militärgouverneure die nötige Beachtung schenken werden, diese Empfehlungen stehen im Einklang mit

An das

Eidgenössische Politische Departement,
Politische Angelegenheiten,

B e r n

Jeder Anfrage ist Rückporto beizufügen.
In einem Brief nur eine Angelegenheit behandeln.

OT
in Dr. an B
M. Depis
M. H. H. H.
21. 4.
Wph.

den Bestimmungen des Londoner Abkommens, das die Errichtung einer deutschen föderalistischen Regierung autorisiert. Die Aussenminister wünschen, dass die Entscheidungen des Parlamentarischen Rates in einem Geiste getroffen werden, der eine gegenseitige kooperative Haltung zwischen den künftigen deutschen Bundesbehörden und den Besatzungsmächten erleichtert, was eines der wichtigsten Ziele ist, die in den gegenwärtigen Besprechungen in Washington betreffend Deutschland angestrebt werden."

Daraufhin ist in der Hauptausschuss-Sitzung gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und des kommunistischen Vertreters mit den Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, FDP, Zentrum und DP beschlossen worden, den ganzen Fragenkomplex dem Finanzausschuss zu überweisen. Die Sozialdemokraten haben darauf durch Rundfunk erklären lassen, dass sie sich an diesen Beratungen nicht beteiligen würden. Gleichzeitig wurde bekannt, dass am 11. und 12. April eine Sitzung des Parteivorstandes der SPD und der sozialdemokratischen Fraktion des Parlamentarischen Rates in Godesberg voraussichtlich unter Teilnahme des noch immer ausserordentlich körperlich behinderten Vorsitzenden Dr. Schumacher stattfinden werde. Zur Klarstellung der ganzen politischen Situation muss hingewiesen werden auf ein Interview, das Dr. Schumacher dem Telegraf in Berlin zur Verfügung gestellt hat:

"Der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher nahm am Dienstag in einem telefonischen Interview mit dem Lizenzträger des britisch lizenzierten Telegraf, Arno Scholz, zu der Erklärung der westalliierten Aussenminister Stellung, die dem Parlamentarischen Rat überreicht worden war.

Dr. Schumacher bedauerte, dass die alliierte Erklärung nicht auf die deutschen Gegenvorschläge zu den Empfehlungen der Militärgouverneure eingeht, die als Kompromiss der Parteien unter dem Namen "Beschluss der Siebener-Konferenz" bekannt sind. Die Erklärung des Aussenministers bewege sich in allgemeinen Formulierungen und drücke keine konkreten Wünsche aus.

Zur Frage der veränderten Einstellung der CDU zum Kompromiss der Siebener-Konferenz meint Dr. Schumacher, dass die CDU seit Tagen versucht habe, sich von dem Kompromiss zu lösen,

weil sie "ihre alten föderalistischen und partikularistischen Wünsche mit Hilfe der Alliierten durchsetzen möchte. Sie sehe eine einmalige Chance, den Föderalismus in Deutschland in einer ganz extremen Form zu verwirklichen. Die von der CDU angeführten deutschen Opfer, um ein gutes Verhältnis zu den Alliierten zu erreichen, seien merkwürdige Opfer, denn sie würden nur der nicht föderalistischen Mehrheit des deutschen Volkes zugemutet." Die linksrheinischen und bayrischen Föderalisten" sagt Schumacher, "möchten jetzt die Ernte in die Scheune bringen."

Scholz fragte dann, ob das Problem der Finanzhoheit der Länder der einzige strittige Punkt sei. Dr. Schumacher antwortete, dass es nicht um einige Punkte, sondern um alle Dinge gehe, die einen Staat erst zu einem richtigen Staat werden lassen. "Was die CDU erstrebt, ist die Erfüllung der französischen Bestrebungen, einzelne deutsche Länder zu selbständigen Subjekten des Völkerrechts zu machen", sagte er. Die CDU vertritt eine Tradition der Politik des klerikalen Partikularismus, die den Wünschen der Franzosen entgegenkommt. Diese Franzosen möchten Deutschland so schwach sehen, dass es ständig um sein Leben ringt und sich auch wirtschaftlich nicht erholt." Diese Politik richtet sich gegen die Lebensinteressen Deutschlands. Die Konsequenz einer solchen Politik wäre die Stärkung der russischen Position". In Westdeutschland sei weniger der Kommunismus, als vielmehr ein neuer Nationalismus die Gefahr. Die SPD werde diese Politik nicht mitmachen. "Selbst wenn sich neue Komplikationen ergeben würden, wird die Welt doch bald dafür dankbar sein, dass die SPD die Linie der Vernunft bei der Reorganisation Deutschlands durchhält. Westdeutschland und Berlin sind nun einmal mit Österreich der grosse Wall, an dem sich die Flut des östlichen Totalitarismus bisher gebrochen hat. Man kann diesen Wall nicht dauernd mit partikularistischen Praktiken unterwühlen."

Schliesslich fragt Scholz, ob die Haltung der SPD die gegenwärtigen Verhandlungen in Washington, die das Schicksal Deutschlands mitbestimmen, nicht erschweren würden. Dr. Schumacher antwortete: "Die Situation momentaner taktischer Konzessionen geht vorüber. Die SPD muss aber der grossen Mehrheit des

deutschen Volkes eine Politik, artikulierter und akzentuierter Stimmen geben, die auch bei der Aussenminister-Konferenz in Washington gehört wird."

Es ist noch nicht ersichtlich, wie die Lösung des ganzen Konfliktes erfolgen wird. Es ist nicht anzunehmen, dass die Alliierten, nachdem nun jetzt die Aussenminister selbst die Bedeutung des Memorandums der Gouverneure unterstrichen haben, hiervon abgehen werden. Andererseits weiss man nicht, ob, wenn die SPD in dieser ablehnenden Haltung verbleibt, die CDU/CSU zusammen mit den anderen Parteien das Grundgesetz in einer Form, die genehmigt werden wird, verabschieden wird oder nicht. Diese Parteien würden damit ein sehr grosses Risiko gegenüber nationalistischen Propaganda-Ausführungen der SPD eingehen. Andererseits sind sich diese Parteien darüber klar, dass im Interesse Deutschlands und der europäischen Politik möglichst bald eine deutsche Bundesregierung ins Leben gerufen werden muss. Wie ich streng vertraulich erfahre, ist die Atmosphäre inzwischen etwas freundlicher geworden. Der Präsident des Parlamentarischen Rates Dr. Adenauer hat auf eine Anfrage der Presse mitgeteilt, dass er doch noch an ein gutes Ende glaubt.

Es ist erstaunlich, welch geringes Interesse die Öffentlichkeit an diesen Bonner Streitigkeiten nimmt. Der Mann auf der Strasse, der an sich schon wenig Vertrauen zu den meisten Politikern hat, die die Zukunft ihres Vaterlandes schmieden wollen, würde, wenn der Parlamentarische Rat sich als unfähig erweisen sollte, das Grundgesetz zustanden zu bringen, seinen Glauben an die Wirksamkeit des demokratischen Systems geradezu verlieren. Ebenso würde natürlich im Ausland die Möglichkeit eines wirksamen Funktionierens der deutschen Demokratie bezweifelt werden. Sieben Monate parlamentarische Arbeit in Bonn wäre dann vergeblich gewesen. Über die psychologischen Rückwirkungen eines solchen Versagens auf die Westmächte scheint man sich besonders bei der Sozialdemokratie keine rechte Vorstellung zu machen.

Aber wie es scheint, ist noch nicht alles verloren. Als ich Montag Nachmittag nach Bonn gefahren war, um den Beratungen der Hauptausschuss-Sitzung des Parlamentarischen Rates beizuwohnen, erklärten mir bei Beginn der Verhandlungen sowohl Herr Dr. Adenauer, Präsident des Parlamentarischen Rates, als auch der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Herr Dr. Lehr, dass sie trotz der negativen Haltung der Sozialdemokraten optimistisch seien, indem nach ihrer Ansicht die Annahme des sogenannten Grundgesetzes am Ende im Plenum des Parlamentarischen Rates doch mit grosser Mehrheit angenommen werden würde, nachdem die Sozialdemokraten sich inzwischen mit einer Kompromisslösung einverstanden erklärt haben werden.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul

Mein.